

Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 22. bis 24. Oktober 2025 in Mainz
--

Beschluss

TOP 15 Außenhandelsbeziehungen mit Zukunft

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Seit einigen Jahren setzen Kriege und Krisen wie Pandemien, Naturkatastrophen oder die Errichtung von Handelsbarrieren und daraus resultierende Energie- und Rohstoffknappheit die regelbasierte internationale Ordnung unter Druck. Gerade in diesen Zeiten müssen Demokratien zusammenstehen, um gemeinsame Antworten auf die globalen Herausforderungen zu finden.
2. In diesem Sinne betonen die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder die besondere Bedeutung von guten Beziehungen zu unseren internationalen Wertepartnern und der Freundschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika sowie die zentrale Aufgabe, diese Partnerschaften und Freundschaften immer wieder zu erneuern und zu vertiefen.
3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bekräftigen die entscheidende Rolle der internationalen Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation bei der Bewältigung dringender globaler Herausforderungen. Sie begrüßen die Vorschläge der Europäischen Kommission, das weltweit größte Förderprogramm „Horizont Europa“ auszubauen und damit auch die Kooperation mit Drittstaaten zu stärken. Der Ausbau der entsprechenden Zusammenarbeit ist insbesondere auf Grundlage der demokratischen Werte, insbesondere der Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit, sowie der Prinzipien von Offenheit und Integrität voranzutreiben.
4. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs unterstreichen die Bedeutung des Freihandels als Faktor für mehr Wohlstand. Sie setzen sich für die Fortentwicklung

einer offenen, regelbasierten und strategisch ausgerichteten Handelspolitik im Rahmen der Regeln der WTO ein und sprechen sich für ein entschlossenes Vorgehen gegen unlautere Handelspraktiken aus. In diesem Zusammenhang werden die Vorschläge der Europäischen Kommission vom 7. Oktober 2025 zum Schutz der europäischen Stahlindustrie vor unlauteren Auswirkungen globaler Überkapazitäten ausdrücklich begrüßt.

5. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder erinnern an die intensiven gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen der europäischen Staaten untereinander durch den europäischen Binnenmarkt, der den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital ermöglicht, und die Zollunion, die Zölle an den Binnengrenzen abschafft und gemeinsame Außenzölle erhebt. Dieser gemeinsame Markt bietet durch verstärkten Wettbewerb, Spezialisierung und eine größere Produktvielfalt Vorteile für Unternehmen, Verbraucher und die allgemeine Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund appellieren sie an die Bundesregierung und an die Europäische Kommission, im Rahmen des künftigen Verhandlungsprozesses mit den Vereinigten Staaten von Amerika auf eine weitere Senkung der 15-prozentigen Zollobergrenze auf europäische Waren hinzuarbeiten. Jede weitere Absenkung der Zollsätze würde die Belastung für die europäischen Unternehmen spürbar reduzieren.
6. Die US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumerzeugnisse in Höhe von 50 % belasten die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Stahlindustrie stark und setzen den exportorientierten deutschen Maschinenbau erheblich unter Druck. Auch die Automobil- und Zuliefererindustrie als bedeutendster Industriezweig Deutschlands wird durch US-Zölle erheblich belastet. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder betonen die Notwendigkeit eines ausgewogenen Stahl- und Aluminiumabkommens zwischen der EU und den USA, sodass europäische Hersteller über ein angemessenes Importkontingent zukünftig wieder möglichst zollfrei in die USA exportieren können sollten und setzen sich für Erleichterungen und Planungssicherheit für die Automobilhersteller und Zulieferer ein.
7. Darüber hinaus betonen die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder die besondere Bedeutung einiger Branchen – wie der Pharmaindustrie und der Medizintechnik – für eine sichere und bezahlbare gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung auf beiden Seiten des Atlantiks und appellieren an die

Verhandlungspartner in Washington und Brüssel, Arzneimittel und medizintechnische Produkte vollständig von Zöllen zu befreien.

8. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder begrüßen die Absicht der Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union, ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Normung zu intensivieren. In diesem Sinne betonen sie die Notwendigkeit, dass im Rahmen der Entwicklung gemeinsamer Normen für den transatlantischen Markt der technische Wissensstand und die Erfahrung der in den Schlüsselsektoren tätigen Unternehmen zu berücksichtigen sind. Dies sollte durch einen ständigen Dialog mit der Wirtschaft während des Normungsprozesses erreicht werden. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder erinnern ferner an die besondere Rolle der WTO für den regelbasierten internationalen Handel und betonen die Notwendigkeit, diese Institution zu stärken.
9. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder erinnern an die Bedeutung einer zuverlässigen, bezahlbaren und nachhaltigen Versorgung der europäischen Wirtschaft mit Rohstoffen. Sie sind der Auffassung, dass kritische Abhängigkeiten von einigen Lieferländern dringend zu überprüfen und deutlich zu reduzieren sind, indem verstärkt und langfristig auf diversifizierte Bezugsquellen, heimische Rohstoffgewinnung, rohstoffsparende Produktionsverfahren und eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft gesetzt wird.
10. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unterstützen die Bemühungen der Europäischen Union, weitere Freihandelsabkommen und Partnerschaften mit anderen Ländern abzuschließen. Sie betonen die besondere Bedeutung der Einigung auf das Mercosur-Freihandelsabkommen und das umfassende Freihandelsabkommen mit Indonesien als wichtige Meilensteine zur Stärkung des Freihandels und zur Rohstoffsicherung und heben die Notwendigkeit einer zeitnahen Ratifizierung hervor. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder appellieren an die Bundesregierung und an die Europäische Union, ihre Bemühungen zu verstärken, Verhandlungen für weitere Freihandelsabkommen und Partnerschaften zügig abzuschließen bzw. neu aufzunehmen und zudem zu prüfen, inwieweit bestehende Freihandelsabkommen erweitert werden können.

11. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder betonen, dass auch innerhalb der Europäischen Union und deren einmaligem Binnenmarkt weiteres Potenzial steckt, Innovationen und Wirtschaftswachstum zu erhalten und vermehrt zu generieren. Dazu muss die EU auch einfacher und schneller werden. Es gilt, die Kapitalmarktunion zu vertiefen und verbleibende Handelshemmnisse abzuschaffen, die einer wirtschaftlichen Integration und einer Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit im Weg stehen und darauf hinzuarbeiten, dass mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze und mehr Innovationen „made in Europe“ entstehen.